

Die Entzauberung des Präsidenten

Aus russischen Fachzeitschriften und Zeitungen, 1. Halbjahr 2005

Falk Bomsdorf*

Kritik an Präsident Putin – dieses Thema zieht sich durch viele Veröffentlichungen des Berichtszeitraums. Mag auch die Popularität Putins immer noch hoch sein, die politische Klasse erkennt zunehmend die Mängel seiner Politik und beginnt sie – wohlwollend die einen, kritisch-ablehnend die anderen – zur Sprache zu bringen. Auch dort, wo es vordergründig um ein aktuelles Ereignis geht, etwa um den 60. Jahrestag des Kriegsendes oder das Schicksal des EU-Verfassungsreferendums, ist Kritik am gegenwärtigen System und seinen Protagonisten eigentlicher Kern der Aussage.

Das System Putin: Stagnation oder Scheitern?

Lilija Ševcova, leitende Mitarbeiterin des Moskauer Carnegie-Zentrums, wirft in einem im Januar in der *Nezavisimaja gazeta* erschienenen Artikel (»Das Jahr 2005: Die Logik des Zurückgleitens«) sowie in der ersten Nummer der vom Zentrum herausgegebenen Reihe *Brifing* (»Zurückgleiten, oder wie Präsident Putin seine zweite Amtszeit beginnt«) dem Präsidenten vor, sich von seiner Politik der Modernisierung und der Reformen verabschiedet zu haben. Selbst von den während seiner ersten Amtszeit halbherzig unternommenen Modernisierungsschritten wie Deregulierung der Wirtschaft, Vertiefung der Verwaltungsreform, Kampf gegen die Korruption habe sich der Präsident inzwischen losgesagt. Statt dessen sei er zu einer Politik der Bewahrung des Status quo übergegangen.

Ševcova sieht drei Gründe für diesen Politikwechsel Putins: zum einen die Logik des gegenwärtigen bürokratisch-autoritären Regimes, die ihn zwingt, für dieses Regime zu arbeiten; zum zweiten die mittlerweile begonnene Neuverteilung von Eigentum; drittens schließlich Putins Bestreben, seine Nachfolge zu sichern.

Die Autorin sieht Konflikte in dem »monopolistisch-korporativen System« aufziehen, als das sie das Regime Putin bezeichnet. Ein solches System könne nur unter bestimmten Bedingungen funktionieren: Vorhandensein einer mobilisierenden Ideologie, Bereitschaft des Staates zur Unterdrückung, Zustimmung der Gesellschaft zur Anwendung von Gewalt und Zwang, Isolierung des Landes von der übrigen Welt. Bei Abwesenheit auch nur eines dieser Faktoren zeige das System Ausfallerscheinungen. Ševcova meint, daß sich eine solche Situation anbahne:

Die das Land gegenwärtig beherrschende Machtgruppierung, also das, was landläufig der Kreml genannt wird, sei sich der Perspektiven ihrer Regierung nicht sicher. Dafür spräche schon der Versuch dieser Gruppierung, erneut Feindbilder aufzubauen und sich in Stalinsche Rhetorik zu flüchten. All dies seien Zeichen eines Mobilisierungssyndroms bei fehlender Bereitschaft zum totalen Zwang, und dies bestätige nur die Schwäche der Macht.

Gegenwärtig sieht die Autorin zwar keine Voraussetzungen dafür, daß sich in Rußland eine Revolution nach ukrainischem oder georgischem Muster wiederholen könne. Der Kreml werde dennoch dazu ansetzen, die politische Szene in Moskau und anderen postsowjetischen Hauptstädten endgültig zu bereinigen. Doch Versuche, die Gesellschaft total zu kontrollieren, beschleunigten nur das Heranreifen einer Situation, in welcher die ukrainische und georgische Erfahrung gefragt sein würde. Mit anderen Worten: Diktatorische und autoritäre Regime schaffen die Gefahren, die sie fürchten, immer selbst.

Was die Wirtschaft betreffe, so seien die Reformen gestoppt worden, zugunsten des Paktes zwischen dem Apparat und der Großindustrie. Dieser »Apparatekapitalismus«, wie Ševcova ihn nennt, Sorge dafür, daß störende Elemente – Konkurrenz, offene Gerichtsverhandlungen, Transparenz des Prozesses der Entscheidungsfindung – tunlichst verschwinden. In der Folge gerate Rußland wieder in eine Phase der Stagnation. Dafür sprächen bereits Erscheinungen wie Rückgang des Wirtschaftswachstums, verstärkte Kapitalflucht, Verringerung der Erdölförderung. All dies bestätige nur die Tatsache, daß die aus nur einem Subjekt bestehende Macht nicht lediglich zu postindustriellen Reformen, sondern auch zur Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Stabilität unfähig sei.

Das ökonomische Modell, das sich in Rußland herausgebildet hat, erinnert Ševcova an einen »petrostate« wie etwa Venezuela oder Nigeria mit all seinen

Charakteristika: Rohstofforientierung; Verbindung von Bürokratie und Wirtschaft; Entstehen einer Klasse, die von den Dividenden aus dem Verkauf von Rohstoffen lebt; systemische Korruption; Herrschaft der großen Monopole unter Kontrolle der Bürokratie; Anfälligkeit der Wirtschaft für äußere Erschütterungen; staatliche Einmischung in das Wirtschaftsleben; Kluft zwischen Arm und Reich. Ein solcher Staat sei, so Ševcova, nicht an Modernisierung interessiert, sondern an der Reproduktion der auf Rohstoffen beruhenden Wirtschaft. Dabei komme im Falle Rußlands noch etwas in dessen Geschichte Einzigartiges hinzu: Inhaber der politischen und wirtschaftlichen Monopole seien die Vertreter der »repressiven Organe«, also vor allem Streitkräfte, Föderaler Sicherheitsdienst (FSB), Innenministerium – eine Symbiose, die für die weitere Entwicklung des Landes in den Augen Ševcovas potentiell Dramatisches erwarten läßt.

Was die Außenpolitik betrifft, hält Ševcova dem Präsidenten einige Erfolge zugute. Infolge seiner Zurückhaltung sei es in vielen für Rußland kritischen Situationen – etwa der Ausstieg der USA aus dem ABM-Vertrag, die Erweiterung der NATO, die Neuorientierung Georgiens – nicht zu einem Konflikt mit dem Westen gekommen. Doch eine Außenpolitik, die allein auf dem Pragmatismus des Präsidenten gründe, habe Grenzen. Dies zeige sich nicht nur an der gegenwärtig auf russischer wie auf westlicher Seite zu beobachtenden Verstärkung des gegenseitigen Argwohns, sondern auch an dem Eindruck strategischer Unschärfe, den die russische Außenpolitik insgesamt mache. Ševcova weist insbesondere darauf hin, daß die innenpolitische Praxis des Kreml – der Versuch, die russische Gesellschaft durch Losungen und Aufrufe im alten, sowjetischen Stil zu mobilisieren – unausweichlich das Vertrauen gegenüber Moskau untergrabe, und zwar nicht nur das des Westens, sondern auch dasjenige anderer Staaten, in erster Linie der Nachbarn Rußlands. Darüber hinaus könne ein pro-westlicher Kurs des

Kreml bei dem gegebenen Auseinanderfallen der Wertesysteme Rußlands und des Westens nicht einmal dann beständig sein, wenn die strategischen Interessen beider Seiten übereinstimmen.

Ševcova sagt voraus, daß die Gegensätze zwischen Rußland und dem Westen sich in dem Maße verschärfen werden, in dem Moskau in Großmachtrhetorik verfällt, um im Lande wie insgesamt im postsowjetischen Raum staatliche Identitätsstiftung zu betreiben. Allerdings werde das nicht zur Rückkehr zum »Kalten Krieg« führen – an ihm seien beide Seiten nicht interessiert. Doch bleibe die russische Außenpolitik Geisel der systemischen Probleme des Landes. Die Verstärkung des Autoritarismus, die Neuverteilung von Eigentum, die Versuche, politische Alternativen auszuschalten, das Bestreben, die russische Präsenz auf dem Territorium der früheren UdSSR zu konservieren – all das bedinge einen außenpolitischen Zickzack-Kurs. Und die bloße Imitation von Demokratie und Markt im Innern werde im Verhältnis nach außen begleitet von der Imitation einer Partnerschaft zwischen Rußland und dem Westen. Als Konsequenz gerate Rußland zusehends in eine Zone der Unbestimmtheit, in der der Vorrat an Pragmatismus versiege und die Gefahr der Unvorhersagbarkeit steige, dies um so mehr, als Rußland bald einsehen müsse, daß sein Rohstoffpotential mehr ein Ausdruck von Schwäche denn ein Faktor der Stärke sei. Der Westen müsse sich unterdessen darüber schlüssig werden, ob seine Partnerschaft mit Rußland ein Anreiz für dessen Transformation sei oder das Abgleiten des Landes in traditionelle Verhaltensweisen international legitimiere.

Julija Latynina, eine mit vielen Preisen ausgezeichnete Journalistin, die gegenwärtig vornehmlich für die dem Kreml gegenüber kritisch eingestellte *Novaja gazeta* schreibt, spricht in einem im Februar erschienenen Artikel dieser Zeitung von einem Scheitern des Regimes Putin. Noch vor kurzem habe man den Eindruck gehabt, dieses Regime sei ungefährdet und

von langer Dauer. Auf die Frage, wann es denn einmal mit ihm zu Ende sein werde, antwortete man: nicht früher, als der Preis für Öl zusammenbricht – also letztlich niemals. In den letzten Monaten habe sich die Situation völlig verändert. Eine systemische Krise des Regimes sei heraufgezogen, sichtbar in Ereignissen wie Beslan, den Wahlen in der Ukraine, dem Fall Yukos, den sozialen Protesten, den Auseinandersetzungen im Kaukasus. In all diesen Fällen habe das Regime Fehler gemacht; und es werde nicht aufhören, Fehler zu machen. Es sei, so Latynina, geradezu ein Charakteristikum des Regimes Putin, daß es selbst in simplen Situationen Fehlentscheidungen treffe.

Latynina sieht vor allem den nördlichen Kaukasus als wesentliche Gefahr. Er verwandele sich gegenwärtig in ein großes Tschetschenien. Die vom Kreml dort eingesetzten örtlichen Machthaber führten sich »noch schlimmer« auf als die russischen Streitkräfte. Der Kaukasus bleibe einstweilen nur deshalb russisch, weil zum einen ungeheuer viel Geld dorthin flösse und zum zweiten die kaukasischen Völker sich gegenseitig noch weniger liebten als die Russen. Doch die Grenzen seien erreicht. In der Region gerieten das wesentliche Axiom des gegenwärtigen Regimes – das Prinzip, daß die »Macht« alles ungestraft tun könne – in Widerspruch mit dem Hauptprinzip des Lebens im Kaukasus, dem der Blutrache.

Wie weiter? Das Regime Putin, wie es sich gegenwärtig darbiete, sei zum Scheitern verurteilt: weil es schwach sei. Was aber an seine Stelle trete, ein Putin Nummer zwei oder ein wirklich demokratisches Regime, in dem die Regierung gegebenenfalls ausgewechselt werden könne, das hänge von der Existenz einer starken, organisierten Opposition ab. Die eigentliche Gefährlichkeit des Putin-Regimes bestehe nicht darin, daß es die einen immer wieder ins Gefängnis gebracht und die anderen bestohlen habe, sondern darin, daß Rußland auch im 21. Jahrhundert mit seiner postindustriellen Gesellschaft angekommen sei. In ihr sei wesentliches Arbeits-

mittel wie auch Arbeitsprodukt die Information. Aber diese fließe nicht wie Öl einfach aus dem Boden. Rußland werde mit mittelalterlichen Methoden regiert, meint Latynina, und das sei mit den Anforderungen der Informationsgesellschaft nicht vereinbar. Menschen, die Information erzeugten, emigrierten unvermeidlich aus ihrer mittelalterlichen in eine post-industrielle Gesellschaft. Noch einige Jahre Putin-Regime, so die Vorhersage Latyninas, und der Rückstand Rußlands gegenüber dem Westen wird uneinholbar.

Fehler des Präsidenten

Vitalij Tret'jakov, seinerzeit Chefredakteur der *Nezavisimaja gazeta*, gibt seit Anfang des Jahres eine neue Zeitschrift heraus, deren Chefredakteur er gleichzeitig ist. Sie heißt *Političeskij klass* (Politische Klasse) und will sich unter dem Motto »Sapere aude!« – in Rußland haben lateinische Sprüche, Überschriften und Maximen gegenwärtig Konjunktur – dem politischen Denken in Rußland widmen. Auf Hochglanzpapier analysieren Angehörige der politischen Klasse Rußlands wie anderer Länder der GUS in zahlreichen Themenstellungen und in immer neuen Variationen vor allem eine Frage: die Zukunft Rußlands.

In einem langen Artikel in der Mai- und der Juniausgabe des Journals übt Tret'jakov, Befürworter einer dritten Amtszeit und damit als Anhänger Putins ausgewiesen, unter der Überschrift »Brauchen wir Putin nach 2008?« gleichwohl Kritik am Präsidenten. So scheint es ihm völlig unverständlich, daß der Kreml bis heute keine klare langfristige Strategie der nationalen Entwicklung des Landes formuliert habe. Sollte man nicht die Mittel übrig haben, die doch nur einen Bruchteil dessen ausmachten, was man fürs Unterhaltungsfernsehen ausgeben, um drei bis vier Expertengruppen zu beauftragen, in ein bis drei Jahren unterschiedliche Entwicklungsmodelle auszuarbeiten!? So der nahezu verzweifelte Ausruf des Autors. Die optimale Variante wäre

es freilich, so Tret'jakov in einem, wie es scheint, Anflug von Bitterkeit, wenn eine solche Strategie der nationalen Entwicklung von Präsident Putin selber formuliert würde. Dies um so mehr, als in manchen seiner Taten und Worte – wenn auch beileibe nicht in allen – die Konturen einer solchen Strategie zu erkennen seien.

Einen »besonders großen Fehler« sieht Tret'jakov darin, daß der Präsident das Problem der Entvölkerung Rußlands oder, wie er es genauer formuliert, des Aussterbens Rußlands praktisch vollständig ignoriere. Diesem Vorwurf fügt der Autor noch drei weitere Punkte hinzu, in denen der Präsident versagt habe: die grenzenlose und in manchen Fällen schlicht unlogische und sinnlose Abgeschlossenheit der Machtausübung, das trotz gigantischer finanzieller Ressourcen völlige Fehlen von Beschäftigungs- und Wachstumsprogrammen sowie von Industriepolitik gerade für innovative Technologien und der erstaunliche Gleichmut des Präsidenten gegenüber offenkundig falschen Personalentscheidungen, einschließlich der eigenen. Darüber hinaus geißelt Tret'jakov in Fortsetzung seiner Mängelliste die »skandalös-unanständige und politisch gefährliche« Kluft zwischen Arm und Reich. Alle die heute so populären Aussagen über die soziale Gerechtigkeit und über die Gerechtigkeit als besonderer Wert der russischen Zivilisation hingen unter diesen Bedingungen, so Tret'jakov, in der Luft und riefen, wenn schon nicht Zorn, so doch nur ein zynisches oder trauriges Lächeln hervor, je nachdem, wessen allfällige Tirade über eben diese Gerechtigkeit man gerade gehört habe. Ein letzter Mangel schließlich liege in den zahlreichen und oftmals völlig unmotivierten Rückwendungen des Präsidenten in die Vergangenheit sowie in der Undeutlichkeit bei der Durchführung politischer Reformen, die häufig den Eindruck erweckten, als gäbe es gar keine demokratischen Entwicklungstendenzen.

Das entscheidende Übel: die russische Bürokratie

Zu den Fehlern, die man Präsident Putin ebenfalls anrechnet, gehört auch sein Umgang mit der Bürokratie. Dabei beziehen sich die Autoren, die dazu Stellung nehmen, auf die Botschaft des Präsidenten an die Föderale Versammlung vom 25. April 2005. In ihr hat **Vladimir Putin** Ausführungen gemacht, die zum Verständnis der dazu verfaßten Kommentare wörtlich wiedergegeben seien:

»Unser bürokratischer Apparat ist immer noch in beträchtlichem Ausmaß eine geschlossene und häufig arrogante Kaste, die den Staatsdienst als eine andere Art von wirtschaftlicher Tätigkeit ansieht [...]. Es ist zu einer Besonderheit der letzten Zeit geworden, daß der nicht mit gutem Gewissen handelnde Teil unserer Bürokratie – sowohl auf der föderalen wie auch auf der lokalen Ebene – gelernt hat, die erreichte Stabilität für seine Eigeninteressen zu nutzen. Er hat begonnen, den bei uns schließlich hervorgebrachten Wohlstand und die Möglichkeit von Wachstum nicht zum gesellschaftlichen, sondern zum eigenen Wohl zu nutzen. [...] Beim gerechten Kampf der Rechtsschutzorgane gegen die Kriminalität, darunter auch gegen Steuerhinterziehung, treffen wir auf grobe Verletzungen der Rechte der Unternehmer, unter ihnen manchmal auch auf ein offenes Racket seitens der staatlichen Strukturen [...]. Es gehört nicht zu unseren Plänen, das Land der ineffektiven, korrumpierten Bürokratie zu überlassen.«

Dies sagt, wohlgemerkt, nicht ein russophober Kritiker, womöglich noch aus dem gegenüber Rußland angeblich so negativ eingestellten Westen, sondern der Präsident der Russischen Föderation selbst, also der oberste Dienstherr all der Staatsdiener, von denen seine Botschaft handelt und in deren Dienstzimmern ein Foto des Präsidenten hängt.

Vitalij Tret'jakov schließt sich in seinem bereits angeführten Aufsatz (»Brauchen wir Putin nach 2008?«) der Bürokratenschelte

Putins an, bezeichnet es aber gerade als einen der Hauptfehler des Präsidenten, das Problem der russischen Bürokratie nicht gelöst zu haben. Der Autor macht den Leser dann mit seiner Sicht dieses Problems bekannt und geht dabei über die eher dürren Sätze des Präsidenten weit hinaus. Der Kern des Problems bestehe darin, daß die Bürokratie wie in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart die herrschende Klasse Rußlands sei. Sie sei keinesfalls bereit, die Macht mit irgend jemandem zu teilen, schon gar nicht mit dem Volk. Etwas anders gelte nur mit Blick auf die neue Klasse von Eigentümern im »big business«, mit denen sich die Bürokratie, wie schon vor 1917, verbündet habe. Der gigantische bürokratische Apparat Rußlands, so Tret'jakov, folge nur seinen eigenen Instinkten und Interessen; er werde von keinem Kreml und keinem Präsidenten kontrolliert. Dieser Apparat treffe selbst die Entscheidung darüber, ob er die Beschlüsse Putins umsetzen wolle oder nicht, und wenn ja, in welchem Ausmaß. Und dabei sei die russische Bürokratie äußerst ineffektiv.

Es sei – dies eine Ironie der Geschichte – gerade die politische und wirtschaftliche Stabilisierung, also eine echte Errungenschaft der Putinschen Politik, welche der Bürokratie ihre Macht wiedergegeben habe. Wie zur Entschuldigung fügt Tret'jakov hinzu, daß bisher keine einzige russische Führungsfigur das Problem der russischen Bürokratie habe lösen können – mit Ausnahme Peters des Großen und Josef Stalins. Sie allerdings hätten die Macht der Bürokratie lediglich mit »repressiven Methoden« und nur für die Dauer ihrer despotischen Herrschaft begrenzen können.

Georgij Satarov, unter Jelzin Präsidentenberater und nunmehr Präsident der Stiftung INDEM, die sich mit Politikberatung und -analyse befaßt, geht in einem im Mai in der *Novaja gazeta* erschienenen Artikel (»Der Präsident hat gegen den Wind geredet«) mit seiner Kritik noch wesentlich weiter. Mit Blick auf die Äußerung des Präsidenten, man sei nicht bereit, den Staat der ineffektiven, korrumpierten Bürokratie

zu überlassen, merkt er an, es sei schon ein grenzenloser Zynismus, wenn ein Mann so etwas ausspreche, der das Land während der vergangenen fünf Jahre einer Bürokratie übereignet habe, die er jetzt so zutreffend charakterisiere.

Der antibürokratische Eifer des Präsidenten ist nach Satarovs Auffassung zum Scheitern verurteilt. Putin sei Fleisch vom Fleische der Bürokratie, die es ihm um der Selbsterhaltung willen erlaubt habe, sie in seiner Botschaft an die Föderale Versammlung ein wenig zu rügen. Putin erfülle auf seinem gegenwärtigen Posten keine andere reale Funktion, als die russische Bürokratie mit Mitteln von Public Relations abzuschirmen, eine Bürokratie, die die volle Kontrolle über das Land an sich gezogen habe und seine Reichtümer schamlos plündere. Als Teil dieser Bürokratie könne Putin nicht gegen den Strom schwimmen. Doch als geschickter Imitator sei er in der Lage, Zorn gegen seine eigenen Mannen zu inszenieren, allerdings in von diesen selbst organisiertem, dosiertem Ausmaß.

Im zweiten Teil seines Artikels läßt sich Satarov auf ein kontrafaktisches Gedankenexperiment ein. Was wäre, so fragt er, wenn Putin sich gleichsam abgenabelt und sich, als wirklicher Präsident, zur Reinigung des Augiasstalles entschlossen hätte? Was wäre dabei herausgekommen? Seine Antwort: nichts. Der amtierende russische Präsident und seine Macht seien, so Satarov, nicht das Ergebnis von politischen Handlungen, sondern das Ergebnis eines, wie er es nennt, administrativen Projektes. Soll heißen: Putin ist von der Administration, von der Bürokratie zum Präsidenten gemacht worden und kann sich folglich nicht auf eine politische Basis abstützen. Er hat, so Satarov ebenso ausdrücklich wie ausführlich, keine eigene Machtgrundlage. Weder könne er sich auf die staatlichen Institutionen verlassen, etwa auf die Staatsanwaltschaft oder seine eigene Administration, noch auf die Bürgergesellschaft. Die Staatsanwaltschaft, so Satarov, decke selbst die offenkundigsten Fälle von Korruption; die Administration lasse sich schon seit langem

vom Präsidenten nichts mehr sagen – er sei für sie da, aber nicht umgekehrt. Und die Bürgergesellschaft habe schon längst den Glauben an den Präsidenten verloren, sei von ihm erniedrigt und unter Kontrolle gebracht worden. Putin verfüge, so Satarov, nicht über die Instrumente der Macht. Und so werde auch die diesjährige Botschaft an die Föderale Versammlung, wie schon die vorangehenden, nicht mit Leben erfüllt. Machtlosigkeit und Ineffizienz seien die Diagnose, die dem gegenwärtigen Regime seit langem gestellt würden, und, wie Satarov hinzufügt, nicht nur von ihm.

Was aber ist dann der Sinn der antibürokratischen Stoßrichtung von Putins Botschaft, fragt Satarov zum Schluß seines Artikels. Seine Antwort: Es ist die Angst vor dem Machtverlust, welches die Putinsche Mannschaft treibt. Sie spüre nicht mehr die Erde unter ihren Füßen und klammere sich wie an einen Strohalm an die rituelle Selbstbeschuldigung, zu der die Botschaft des Präsidenten geraten sei. Mit anderen Worten: Satarov nimmt an, daß der Kreml im aktuellen oder potentiellen Zorn der Bevölkerung auf die Bürokratie den Nährboden für eine revolutionäre Situation in Rußland sieht. So wolle man also mit einer PR-Aktion in vorsichtigen Anspielungen verschiedenen Teilen der Gesellschaft bedeuten: »Wir sind nicht so hoffnungslos, wie es euch scheint!« Satarov mag sich dieser Botschaft nicht anschließen. Sein Kommentar: »Unsinn«.

Vitalij Averjanov, Mitarbeiter des Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften und Leiter eines nationalpatriotisch ausgerichteten »Zentrums für dynamischen Konservatismus«, stellt in der Märznummer von *Političeskij klass* seine Lösung des Bürokratenproblems vor. Auch er weiß, daß, wie er schreibt, der Staatsdiener über die immer wieder initiierten abstrakten Kampagnen gegen den Bürokratismus nur lächelt, sei er sich doch der Tatsache bewußt, daß ihn nichts bedroht. Averjanov sieht ein alles durchdringendes Geschwür, das die politische Klasse befallen habe. Es bestehe in der »grandiosen Illu-

sion« eines großen Teils der Staatsdienerschaft, daß alles erlaubt sei. Averjanovs Vorschlag zur Abstellung des Übels: umfangreiche Repressionsmaßnahmen. Diese dürften jedoch – ein beruhigender Hinweis des Autors – nicht so streng sein wie unter Stalin und Ivan dem Schrecklichen. Sie müßten vielmehr »ideell-politischen Charakter« besitzen und im Entzug des Status sowie in einigen Fällen in der Konfiskation des Eigentums bestehen. Mit dieser »modernen Repression« müsse Putin ein »frischeres, der Macht und einer inhaltsreichen Verwaltung ergebendes System« schaffen. Käme es nicht dazu, würden die Wege zur Mobilisierung der Gesellschaft verschlossen bleiben, die Lösung der ehrgeizigen strategischen Aufgaben unmöglich.

Wie weiter?

Die Präsidentenwahlen im Jahr 2008 werfen ihren Schatten voraus; dementsprechend bewegt die politische Klasse Moskaus die Frage, ob Präsident Putin sein eigener Nachfolger werden wird, obwohl die Verfassung dies verbietet. Oder wird die »Macht« jemand ändern zu seinem Nachfolger aufbauen? Wird es vielleicht sogar zu wirklich demokratischen Präsidentenwahlen mit einer klaren Alternative kommen? Gerüchte gibt es zuhauf in Moskau; ebenso zahlreich sind die Vorschläge, wie man Putin unter Umgehung der Verfassung doch noch zu einer dritten Amtszeit verhelfen könne.

Vitalij Tret'jakov spricht sich in seinem bereits zitierten Artikel für ein Verbleiben Putins an der Macht auch nach 2008 aus, trotz der von ihm gerügten Mängel seiner Politik. In der gegenwärtigen Situation verlangten dies die Interessen Rußlands wie auch diejenigen der Demokratie. Etwas anderes könne nur gelten, wenn bis dahin eine starke und verantwortungsbewußte politische Figur auf der Bühne erscheine, die sowohl über die Eigenschaften eines Präsidenten als auch über hohe Popularität unter der Masse der Wähler verfüge. Sicher

sei ein Verbleiben Putins im Präsidentenamt bei der geltenden Gesetzeslage nicht einfach zu bewerkstelligen. »Im Prinzip« müsse man die Verfassung streng beachten. Doch dieser Grundsatz solle sich nicht zu einem Dogma verfestigen, das dann die Lösung politischer Konflikte verhindere und die Entwicklung des Landes bremse. Schließlich sei, so Tret'jakov in einer bemerkenswerten Formulierung, nicht das Land für die Demokratie da, sondern die Demokratie für das Land.

Doch was für ein Putin soll das sein, fragt der Autor selber zum Schluß seines Artikels, dem eine dritte Amtszeit gewährt werden sollte. Die Antwort gibt Tret'jakov in Gestalt einer Liste, in der er seine Erwartungen aufführt. Sie lesen sich in manchem fast wie ein Spiegelbild der Liste jener Mängel, die er Putin zu Beginn seines Artikels angekreidet hat; in anderer Hinsicht sind sie eine Fortsetzung dieser Liste. Die zehn Wünsche Tret'jakovs an Putin reichen von der Aufforderung, endlich eine nationale Entwicklungsstrategie zu formulieren, über die nachdrückliche Bitte, der Präsident möge das Endziel seiner politischen Reformen benennen, bis zum Vorschlag, der Präsident solle sich zur Idee eines Bundesstaates äußern, der aus mehreren Ländern der postsowjetischen Region geschaffen werden könne.

Andrej Piontkovskij, ein unabhängiger Analytiker und der vielleicht scharfsinnigste, in jedem Fall schärfste Kritiker des Kreml und des Präsidenten, geht am 29. Juni 2005 in seinem ständigen Forum, der Internetzeitung *grani.ru*, auf den Artikel von Tret'jakov ein (»Ein Putin dritter Sorte«). Er billigt Tret'jakov zu, nicht, wie so viele aus der Umgebung des Präsidenten, aus eigensüchtigen Motiven an einer dritten Amtszeit Putins interessiert zu sein, sondern weil er dies als für Rußland nützlich ansehe. Doch wie schon die in Tret'jakovs Artikel enthaltene Liste der Fehler des Präsidenten »vernichtend« gewesen sei, fänden sich nun auch in der Auflistung von Anforderungen an den Präsidenten nur Punkte, die diametral dem entgegengesetzt

seien, was der Präsident gegenwärtig tue. Tret'jakov wolle im Grunde genommen einen ganz neuen Putin, meint Piontkovskij und ruft ihm zu, den gebe es nicht. Putin sei ein fertiger Mensch. Er werde kein anderer. Sein Schlußsatz: »Eine Marionette, die fünf Jahre lang treu ihren Herren gedient hat und dabei bewußt für das Land katastrophale Mißerfolge zugelassen hat, wird nie eine nationale Führungsfigur werden.«

Eine orangene Revolution in Rußland?

Die Macht, also der Kreml, fürchtet offenkundig die Gefahr einer »orangenen Revolution« auch in Rußland. Auf diese Besorgnisse geht der eben in anderem Zusammenhang zitierte **Andrej Piontkovskij** in einem Artikel in der Internetzeitung *grani.ru* vom 25. April 2005 ein (»Markovs Liste«). Er führt zunächst die Faktoren an, die der dem Kreml nahestehende Analytiker Sergej Markov als günstig für eine solche Revolution bezeichnet hat. Erstens, die Existenz eines oligarchischen Regimes. Zweitens, eine tiefe Kluft zwischen Arm und Reich. Drittens, ein allmähliches Verschließen der Kanäle vertikaler Mobilität und daraus resultierend immer mehr Unzufriedenheit der jungen Generation, die ihre Chancen auf eine normale Karriere schwinden sieht. Viertens, Monopolisierung der Märkte über das gesamte Spektrum hin, mit der Folge einer Einschränkung des Wirtschaftswachstums und der Karrieremöglichkeiten in der Wirtschaft. Fünftens, Abwesenheit einer klaren Strategie für die Entwicklung und Modernisierung des Landes. Sechstens, die Unverschämtheit der herrschenden Klasse, ihr herausfordernder Lebensstil. Siebtens, Mangel an Vertrauen zu den politischen Institutionen, vor allem zum Gerichtswesen, zum Parlament und zum Wahlsystem. Achters, Nutzung administrativer Ressourcen, das heißt von staatlichen Machtmitteln zur Einflußnahme auf allen Ebenen, auch und gerade bei Wahlen, wodurch das Vertrauen der Bevölkerung

untergraben wird. Neuntens, politische Kontrolle über die Massenmedien bei gleichzeitigem Schwund des Vertrauens zu ihnen. Zehntens, die Instrumentalisierung der Massenmedien und der Gerichte gegen politische Gegner, was die politischen Konflikte verschärft.

Piontkovskij fühlt sich angesichts dieser Kriterien zu prinzipiellen Fragen an den Kreml veranlaßt, dessen Position er durch Markovs Ausführungen wiedergegeben sieht. Wenn Markovs Liste (»Zehn Gründe für eine orangene Revolution«) richtig sei – und das könne kein ernstzunehmender Experte bestreiten –, dann bedürfe es keiner westlichen Intrigen und Organisationen, um soziale Unzufriedenheit und eine tiefe politische Krise hervorzurufen, auch wenn der Kreml immer wieder genau das behaupte. Alle Punkte der Liste, so Piontkovskij, existierten in der russischen Wirklichkeit; doch sie seien Ergebnisse der Politik des Kreml, nicht aber, wie die »Macht« meine, Ausgeburten irgendwelcher arglistiger Kräfte hinter den Kulissen. Markovs Liste lasse keinen Zweifel daran, daß seine Auftraggeber im Kreml über die Lage im Land genau Bescheid wissen. Die Macht sei sich sehr wohl der Tatsache bewußt, wie stümperhaft und wie ineffizient das Land regiert werde. Warum denke sie dann aber nicht an einen Rückzug von der Macht, um so das Land und auch sich selbst zu retten, fragt Piontkovskij. Statt dessen male sie täglich das Chaos und den Zerfall des Landes an die Wand, wenn sich nicht alle Russen unverzüglich um ihre Fahnen scharten. Das Regime Putin, so Piontkovskij, begnüge sich bereits nicht mehr damit, die Überreste der Zivilgesellschaft und des Parlamentarismus in Rußland von unliebsamen Elementen zu reinigen; es wolle sie vielmehr ganz beseitigen. Der Kreml schaffe verbrannte politische Erde, auf der es schon niemanden mehr gebe, dem man die Macht übertragen könne, wenn man das denn wolle. Nicht der Kreml und seine Politik werde daher mit Markovs Liste verurteilt, sondern Rußland selbst.

Der 60. Jahrestag: Symbol der Größe?

Im Berichtszeitraum wurde der 60. Jahrestag des Sieges über das faschistische Deutschland begangen, in Moskau mit großem Pomp und einem durchdachten Ritual, gerade für die ausländischen Staatsmänner. Daß dieser »Tag des Sieges« für die Menschen in Rußland eine besondere Bedeutung hat, ist in Deutschland immer begriffen worden. Doch welche Rolle der Sieg Rußlands für das gesellschaftliche Bewußtsein der Russen hat und welche Funktion ihm in der staatlichen Ideologie, von der man inzwischen wieder sprechen kann und muß, zukommt, dürften allenfalls Fachleute beurteilen können. Auch aus diesem Grund ist auf einen Artikel hinzuweisen, der aus der Feder des bedeutenden Moskauer Soziologen **Lev Gudkov** stammt und in Nummer 2/3 der elitären Zeitschrift *Neprikosnovennyj zapas* erschienen ist, die als gemeinsames Projekt zusammen mit der Zeitschrift *Osteuropa* erschienen ist, in deren Heft 4–6 man den Artikel auf deutsch lesen kann. Auch dieser Artikel zeigt letztlich, was der Kreml unternimmt, um die Größe des Staates zu beschwören.

Der Krieg habe, so Gudkov, zunächst die Funktion eines Symbols. Er sei faktisch die einzige positive Stütze für das nationale Selbstbewußtsein der postsowjetischen Gesellschaft. Gleichzeitig tabuisiere der Sieg das Thema Krieg und hindere somit daran, die Kehrseiten des Krieges rational aufzuarbeiten, also Kriegsursachen und Kriegsverlauf zu erklären oder die Handlungen der damaligen Staatsführung und die Natur des Stalin-Regimes zu analysieren. Der Sieg legitimiere im nachhinein, so Gudkov, das sowjetische totalitäre Regime als Ganzes und die unkontrollierte Macht als solche und schaffe eine alternativlose Version der Vergangenheit. Gleichzeitig werde durch die Symbolkraft des Sieges die Autorität Stalins wiederhergestellt, während die Erinnerung an die Stalinschen Repressionen verblasse.

Mit dem Anschwellen des russischen Nationalismus füge sich der Krieg in den traditionellen Rahmen der russischen messianischen Idee und der Rivalität mit dem Westen ein. So wie Rußland seinerzeit Europa vor den Mongolen bewahrt und später, wie man hinzufügen kann, vor Napoleon, habe die UdSSR die europäischen Völker vor der Vernichtung gerettet. Dabei werde eine Reihe unangenehmer Tatsachen aus dem Massenbewußtsein verdrängt. Erstens, der aggressive Charakter des Sowjetregimes, der kommunistische Militarismus und Expansionsdurst, aufgrund deren die UdSSR nach dem Angriff auf Finnland aus dem Völkerbund ausgeschlossen wurde; zweitens, der von Hitler-Deutschland und der damals noch mit ihm verbündeten Sowjetunion gemeinsam vorgetragene Angriff auf Polen als Beginn des Zweiten Weltkriegs; drittens, der menschliche, soziale, wirtschaftliche und metaphysische Preis des Krieges sowie, viertens, die Verantwortung der Führung des Landes für den Ausbruch und den Verlauf des Krieges sowie dessen Auswirkungen auf andere Länder.

Bis heute haben es die Russen, so Gudkov, noch immer mit der Stalinschen Version des Krieges und der Geschichte der Sowjetzeit zu tun. Der Grund dafür liege in der Tatsache, daß die Deutung des Krieges einem Monopol unterworfen gewesen sei: Der Generalstab und die Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU hätten in dieser Hinsicht Deutungshoheit besessen. Sie hätten alle anderen Interpretationen mit Erfolg ausgeschlossen. Gleichzeitig sei alles, was mit dem Krieg zu tun gehabt habe, einer extremen Sakralisierung unterzogen worden, die alle Versuche blockiert habe, die Vergangenheit rational zu betrachten. Überdies sei der Krieg, so Gudkov, für Rußland zum Surrogat der Kultur geworden, zu einem Feld also, das die wichtigsten Themen der Gegenwart mit Bedeutung auflade. Die machtstaatliche Interpretation des Sieges von 1945 habe nicht nur der Rechtfertigung des sowjetischen Regimes in Vergangenheit und

Zukunft gedient; lange Zeit habe sie darüber hinaus den Herrschenden erlaubt, den von ihnen reklamierten Antifaschismus als eine Art Antithese zum westlichen Kapitalismus und Liberalismus (»sowjetische Demokratie«) auszubeuten. Die Siegesymbolik habe jahrzehntelang die Fehler des Regimes durch chronische Mobilisierung verdeckt, indem sie die Existenz einer riesigen Armee, die Entstehung und Aufrechterhaltung des »sozialistischen Lagers«, die militarisierte Staatswirtschaft und das atomare Wettrüsten gerechtfertigt habe. Die Siegesymbolik sei in Konstruktionen des machtsstaatlichen Bewußtseins eingeschlossen worden. Danach hätten alle staatlichen Interessen Priorität, müsse die Bevölkerung bereit sein, alle Erschütterungen passiv zu erdulden.

Der Krieg und die Kriegesopfer hätten, so Gudkov, im Bewußtsein der russischen Gesellschaft nicht nur die Armee als eine der zentralen sozialen Institutionen, als tragendes Gerüst des gesamten sowjetischen und postsowjetischen Regimes sakralisiert, sondern auch das Prinzip eines vertikalen Aufbaus der Gesellschaft, also das Kommandomodell einer hierarchischen gesellschaftlichen Ordnung, in der die Autonomie und der Selbstwert einer privaten Existenz und von Gruppeninteressen nicht anerkannt würden. Rußlands Gesellschaft habe die kurze Zeit der kritischen Umwertung ihrer Vergangenheit hinter sich gelassen und die Diskussion über den Preis des Sieges sowie die Bewertung der Vor- und Nachkriegspolitik ins Abseits gestellt. Heute werde die Erinnerung an den Krieg und den Sieg in erster Linie durch Mechanismen bestimmt, die auf die Konservierung des gesellschaftlichen Ganzen abzielten und die Gesellschaft vor wachsender Komplexität und Differenzierung bewahrten. Die Erinnerung an den Krieg nütze damit vor allem der Legitimation der zentralisierten und repressiven sozialen Ordnung. Sie sei insofern in das allgemeine Gefüge der posttotalitären Traditionalisierung der Kultur in einer Gesellschaft eingebaut, die mit den Heraus-

forderungen der Verwestlichung und Modernisierung nicht fertig werde. Gerade weil die gegenwärtige russische Gesellschaft die Anstrengungen der in Gang gesetzten sozialen Veränderungen nicht aushalte, sei die Staatsmacht gezwungen, ständig in das traumatische Umfeld der Vergangenheit zurückzuverweisen, um so Schlüsselmomente nationaler Mobilisierung zu reproduzieren. Der nicht ausgelebte Krieg führe zu Rückfällen staatlicher Aggression, etwa zum Tschetschenienkrieg, wie auch zur Restauration eines repressiven Regimes.

Vor dem Hintergrund der Gudkovschen Ausführungen kann nicht verwundern, daß die staatlichen Feiern zum 60. Jahrestag des Sieges, wie der Autor selbst in seinem Artikel voraussagt, für die russische Gesellschaft nicht zum Anlaß für eine rationale Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart geworden sind. Das Programm ist in der Tat, wie Gudkov geahnt hat, zu einer Routinebekundung der Verbundenheit mit den Symbolen der vergangenen Größe des Staates geworden, mit Symbolen, die ihre Kraft und Bedeutung allmählich verlieren. Es handele sich, so Gudkov, um eine Zwangsimitation kollektiver Solidarität mit der Staatsmacht, hinter der nichts anderes stehe als bürokratisch-polizeilicher Patriotismus und politischer Zynismus – all dies, so offenbar Gudkovs Aussage, kaum ein Zeichen der Stärke des gegenwärtigen Systems.

Rußland und Europa: »window of opportunity«

Wegen der Bedeutung für das künftige Verhältnis zwischen Rußland und der EU sei noch auf einen Artikel hingewiesen, den **Sergej Karaganov**, stellvertretender Direktor des Europa-Institutes, in der *Rossijskaja gazeta* vom 21. Juni 2005 veröffentlicht hat. Der Autor befaßt sich darin mit der Lage nach der Ablehnung des Verfassungsreferendums in Frankreich und Holland. Er ist nicht der landläufigen Meinung, daß die

Gründe für die Ablehnung in der Distanz der europäischen Eliten zur Bevölkerung liegen. Er sieht in den Mehrheiten gegen die Verfassung vielmehr die Schatten der Vergangenheit wieder auferstehen, die nunmehr das europäische Projekt bedrohen, das ja gerade die Überwindung dieser Vergangenheit zum Ziel gehabt habe. Die europäischen Eliten hätte vieles erreicht und geleistet: Europa, Hort der schlimmsten Kriege und der schlimmsten Inquisition, habe sich fast in einen Kontinent des Friedens verwandelt, in die »leuchtende Stadt auf dem Hügel«, zu der alle strebten, darunter auch die Russen. In dieser Perspektive sei es – ein Seitenhieb gegen die russische politische Klasse und wohl auch den Kreml, die genau das tun – töricht und kurzsichtig, Schadenfreude ob der gegenwärtigen Krise beim Bau des neuen Europa zu empfinden, auch wenn die Russen noch nicht dabei seien.

In der Tat hätten die europäischen Eliten die Verbindung mit den Menschen verloren, aber, so Karaganov, doch nur deshalb, weil sie dem europäischen Traum, der ja auch ein russischer Traum sei, zu nahe gekommen seien und die Mehrheit der Bevölkerung nicht zu sich hätten herüberziehen können. Er wünsche sich, daß es in Rußland einmal zu einer solchen Krise käme, das heißt, daß die Elite eine ähnlich große Idee vorschläge und sie zu drei Viertel verwirkliche, bis sie von der mangelnden Bereitschaft der Bevölkerung gebremst würde. Vorläufig aber gebe es in Rußland keine solche Idee. Die herrschende Elite folge ganz anderen Vorstellungen, die – auch hier wieder die scharfe Kritik an den bestehenden Verhältnissen – auf die Aufforderung hinausliefen »Stiehl, soviel du kannst«.

Karaganov empfiehlt der russischen politischen Klasse, »soweit sie sich noch um die Interessen des Landes sorgen kann«, drei Schlüsse zu ziehen. Erstens könne Europa künftig wohl nicht mehr eine internationale geopolitische und geökonomische Führungsrolle für sich beanspruchen. Damit könne Rußland für Europa ein viel

vorteilhafterer und angenehmerer Partner werden. Man müsse die Partie nur geschickt genug spielen. Zweitens werde die EU sich wohl weniger zu einer Quasiföderation, sondern zu einem Staatenbund entwickeln. In ihm könne in 15 bis 25 Jahren auch ein Platz für Rußland frei werden. Eine völlig selbständige geostrategische Rolle Rußlands überfordere – angesichts des Bevölkerungsrückgangs und des Anteils am globalen Sozialprodukt – die Kräfte des Landes. Drittens schließlich eröffne sich für Rußland die Möglichkeit, die Beziehungen zur EU neu zu ordnen: An die Stelle der halb fiktiven vier Räume könne ein strategischer Vertrag über langfristige Zusammenarbeit und Annäherung treten. Überdies könne man nun auch aufhören, der Erpressung der Brüsseler Bürokratie nachzugeben. Doch gleichzeitig müsse Rußland Europa die Hand »strategischer Freundschaft« ausstrecken. Es könne sein, daß sie, so Karaganov, wegen der mangelnden Anziehungskraft Rußlands oder wegen des Widerstandes der neuen EU-Mitglieder nicht ergriffen werde, die »genetisch bedingt« Rußland fürchteten. Doch Europa werde sich in den nächsten Jahren auf die Suche nach einer neuen Entwicklungsstrategie begeben, und darauf müsse sich Rußland im eigenen wie im europäischen Interesse einlassen. Damit öffne sich für Rußland ein »window of opportunity«, das es nutzen solle.

Fazit

Es ist richtig: Die hier vorgestellten Artikel sehen die Lage überwiegend kritisch. Stammen sie aus dem Westen, gar aus Deutschland, man würde ihre Autoren der chronischen Rußlandfeindlichkeit zeihen, und manche Vertreter der deutschen Wirtschaft würden erneut das angeblich so negative Rußlandbild der deutschen Journalisten beklagen. Doch die Autoren sind aus Rußland. Wie ihre deutschen Kollegen schreiben sie das, was sie sehen. Und es ist nicht zu verkennen: Rußland ist in den

letzten fünf Jahren zu einem immer autoritäreren, illiberalen Staat geworden. In dieser Zeit ist Schritt für Schritt ein Stück Freiheit gestorben. Dazu beigetragen hat ein Westen, der dies nicht sehen wollte und der – im Glauben, Realpolitik zu betreiben – stillhielt, statt zu protestieren.

Die Artikel zeigen: Rußland ist unruhig geworden. Die »farbigen Revolutionen« ringsum, ob echt oder nicht, haben Eindruck auf viele Menschen gemacht; den Kreml haben sie zutiefst irritiert. Russische Nichtregierungsorganisationen, ohnehin schon von höchster Stelle als fünfte Kolonne des Westens verdächtigt, werden argwöhnisch beäugt. Tschetschenien ist keineswegs befriedet; Dagestan wird von Gewalt überzogen, der gesamte Nordkaukasus wird zusehends instabiler. Die Zukunft Sibiriens und des russischen Fernen Ostens ist ungewiß – eine entsprechende Entwicklungsstrategie existiert nicht oder wird nicht umgesetzt. Das Wirtschaftswachstum geht zurück, die Wirtschaft stagniert teilweise; die Kapitalflucht greift um sich. Die Sprache der »Macht« wird härter; dabei fällt sie häufig in sowjetische, für überwunden geglaubte Muster zurück. Dies gilt auch für die Methoden gesellschaftlicher Lenkung und Manipulation. Der Präsident kann sich zwar immer noch auf große Zustimmung der Bevölkerung stützen. Doch viele Menschen, ohnehin vom Staat nichts erwartend, zumindest nichts Gutes, stehen auch Putin zunehmend skeptisch gegenüber. Sie fragen sich, wann den schönen Worten des Präsidenten die entsprechenden Taten folgen. Offenbar schwächelt der Zar, und mit ihm das Regime.

Vorgestellte Veröffentlichungen

Averjanov, Vitalij, O neizbežnosti repressij (Über die Unausweichlichkeit von Repressionen), in: *Političeskij klass*, (März 2005) 3, S. 66–70

Gudkov, Lev, Pamjat' o vojne i massovaja identičnost' rossijan (Die Erinnerung an den Krieg und die Massenidentität der Rußländer), in: *Neprikosnovennyj zapas*, (2005) 2–3

ders., Die Fesseln des Sieges. Rußlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg, in: *Osteuropa*, (April–Juni 2005) 4–6, S. 56–73 (zitiert wird nach der deutschen Version)

Karaganov, Sergej, Rossija i Evropa polučili »okno vozmožnostej« (Rußland und Europa haben ein »window of opportunity« erhalten), in: *Rossijskaja gazeta*, 21.6.2005

Latynina, Julija, Eto – proval. O sistemnom krizise režima prezidenta Putina (Das ist ein Scheitern. Über die Systemkrise des Regimes Putin), in: *Novaja gazeta*, 14.2.2005

Piontkovskij, Andrej, Spisok Markova (Markovs Liste), in: *grani.ru*, 25.4.2005

ders., Putin tret'ej svežesti (Ein Putin dritter Sorte), in: *grani.ru*, 29.6.2005

Putin, Vladimir, Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii (Botschaft an die Föderale Versammlung der Russischen Föderation), 25.4.2005 <www.kremlin.ru/text/appears/2005/04/87049.shtml>

Satarov, Georgij, Prezident vystupil protiv vetra (Der Präsident hat gegen den Wind geredet), in: *Novaja gazeta*, (12.5.–15.5.2005) 33, S. 10

Ševcova, Lilija, God 2005: Logika otkata (Das Jahr 2005: Die Logik des Zurückgleitens), in: *Nezavisimaja gazeta*, 21.1.2005 und 25.1.2005

dies., Otkat, ili Kak Vladimir Putin načinaet vtoroe prezidentstvo (Zurückgleiten, oder wie Präsident Putin seine zweite Amtszeit beginnt), in: *Brifing Moskovskogo Centra karnegi*, (Januar 2005) 1

Tret'jakov, Vitalij, Nužen li nam Putin posle 2008 goda? (Brauchen wir Putin nach 2008?), in: *Političeskij klass*, (Mai 2005) 5, <www.politklass.ru/cgi-bin/issue.pl?id=167>; (Juni 2005) 6, <www.politklass.ru/cgi-bin/issue.pl?id=207>

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380